

tiert, wobei die großen wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer und die Arbeitgeberverbände fröhliche Urständ feiern und wieder in ihre alten Machtpositionen zurückkehren. Es ist interessant, daß der führende Kopf der Arbeitgeberorganisationen in Hessen und im ganzen Westen Deutschlands jener Herr von Lützow ist, der während des Hitlerkrieges, während der Jahre 1941 bis 1944, Geschäftsführer der deutschen Zivilverwaltung in Polen gewesen ist. Das sind die Leute, die heute die Gutachten über Durchführung oder Nichtdurchführung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte und Gewerkschaften ausführen. Der Artikel 42 über die Durchführung der Bodenreform wird gleichfalls sabotiert. Bis zum heutigen Tage sind vom ganzen hessischen Großgrundbesitz insgesamt nur 1869 Hektar, also 3 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht etwa enteignet, sondern verpachtet. Große Herren, die Grafen und Fürsten von Riedesel und Isenburg, haben ihr Vermögen in der Nazizeit zum Teil auf das Zehnfache gesteigert. Die, die über 10 000 -und mehr Hektar verfügen, retten sich vor der Enteignung, indem sie ihren Besitz unter ihren Familienangehörigen aufteilen oder ihre Güter als Saatgüter deklarieren oder aber die Gerichte in langen Beschwerdeverfahren bemühen. Sie behalten recht, das Land bleibt ihnen. Sie bleiben die Herren trotz unserer linken Mehrheit in Hessen, trotz der fortschrittlichen Verfassung, und zwar darum, weil die Koalitionspolitik den rechten Elementen, den reaktionären Führern die endgültige Direktive in die Hand gespielt hat.

Heute ist es soweit, daß wir bald einen Staatsgerichtshof erhalten. Während die Militärregierung den sogenannten Entlasteten, die also von den Spruchkammern als Leute erklärt worden sind, denen nichts mehr geschehen soll, verbietet, Betriebsräte zu werden, hat es die Koalition von SPD und CDU zustande gebracht, daß Entlastete Mitglieder des Staatsgerichtshofes werden können. Soweit sind wir, und es darf nicht wundern, wenn manche heute fragen: Wie soll es weitergehen? Ist die Spaltung Deutschlands bereits entschieden? Wir können guten Gewissens widersprechen, weil wir wissen, daß sich der Kampfwille der Arbeiterschaft bedeutend verstärkt, weil wir wissen, daß die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger mit der Koalitionspolitik sich von Tag zu Tag mehr ausbreitet, und weil wir wissen, daß wir nicht auf verlorenem Posten kämpfen. Wir wissen, daß wir ein Teil der 'großen freiheitlichen Weltarmee' sind. Wir stützen unsere Zuversicht auf die Kräfte unserer Partei. Man mag uns von gewisser Seite ein stärkeres Maß von Verfolgung und Einschränkung androhen, man mag uns die letzten Lizenzen in den großen überparteilichen Zeitungen entziehen, man mag